

# Die neutralistischen Tendenzen in der SPD

## Besorgnis im Westen

Nachdem Bundeskanzler Schmidt im März 1980 die USA besucht hatte, wobei nach außen erneut „breite Übereinstimmung“ zwischen den Regierungen festgestellt wurde, kritisierte der Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Zbigniew Brzezinski, Schmidts Politik der „Einheit in Worten und Passivität in der Praxis“ als für die Vereinigten Staaten unannehmbar (Europa-Archiv vom 10. Juli 1980, S. 410). Diese Kritik Brzezinskis beleuchtet den entscheidenden Zwiespalt in der Außen- und Sicherheitspolitik der SPD. In regierungamtlichen Verlautbarungen wird sie nicht müde, die Notwendigkeit des westlichen Sicherheitsbündnisses NATO zu betonen. Man soll jedoch Regierungen nach ihren Taten, nicht nach ihren Worten beurteilen.

In der praktischen Politik der SPD kommt zum Ausdruck, daß unter der atlantischen Oberfläche ein harter neutralistischer, antiamerikanischer und antiwestlicher Kern steckt. Das Zögern der Bundesregierung in der Frage des Olympiaboykotts, ihre für die Amerikaner geradezu provokative Ausweitung des Osthändels und die Nichteinhaltung der Zusage, den Verteidigungshaushalt um real 3 % zu steigern, kurz:

**Das vollständige Unterlaufen der amerikanischen Maßnahmen nach dem Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan hat die neutralistische Grundorientierung der Außenpolitik der SPD wiederum ans Licht gebracht.**

Während sich Regierungsvertreter wie Bundeskanzler Schmidt wenigstens in Worten zur atlantischen Partnerschaft bekannten, sprach der SPD-Vorsitzende Brandt ungeniert vom „giftigen Gestammel der Weltmächte“ und setzte damit die USA und die Sowjetunion auf die gleiche Stufe. Der Moskauflügel der SPD und die Jusos machten sich offensiv für Moskau stark. Kritik an der sowjetischen Invasion nach Afghanistan kontrte der SPD-Abgeordnete Karl-Heinz Hansen mit dem Kommentar: „Antisowjetische Stimmungsmache“ (Die Welt, 14. März 1980).

Die Jusos stellten auf ihrem Kongreß in Hannover (Juni 1980) in einem einstimmig gefaßten Beschuß fest:

*„Die Militärpolitik der USA zielt auf die Einkreisung der Sowjetunion, die sich abzeichnende Kooperation mit China und die Stützpunktpolitik im Indischen Ozean stellt eine schwere Bedrohung der Sowjetunion dar.“*

Der SPD-Vorsitzende Brandt wertete auf dem gleichen Kongreß die Aussagen der Jusos zur Sicherheitspolitik als „seriösen und gewichtigen Beitrag“ und schloß mit den Worten: „Es ist gut zu wissen, daß — wo es um die großen Dinge geht — man miteinander an einem Strang zieht.“

## Offen antiamerikanische und antiwestliche Auffassungen des linken Parteiflügels

Eine außerordentlich skeptische bis offen feindliche Haltung gegenüber dem Wirtschafts- und Gesellschaftssystem des freien Westens ist Gemeingut sozialistischer Theorie. Es ist ein bis heute ständig wiederkehrendes Phänomen, daß die SPD für die Politik der Vereinigten Staaten stets Kritik parat hat; von den regierungamtlichen Besserwissereien Helmut Schmidts bis zu den Jusos, die die USA als „imperialistisch“, „faschistisch“ und „kriegstreiberisch“ bezeichnen.

Diese Kritik wird erst richtig deutlich vor dem Hintergrund des vielfältig geäußerten Verständnisses für kriegerische Abenteuer der Sowjetunion sowie der Freundschaft mit dem völkermordenden Regime in Vietnam und dem totalitären Castro-Regime in Kuba. Jusos unterhalten vielfältige Kontakte zu kommunistischen Organisationen in der Sowjetunion, um

*„gemeinsam (!) gegen die Aufrüstungsbestrebungen der NATO aufzutreten, die bestehendes Gleichgewicht zu verschieben drohten“* (Die Neue, 10. Juli 1980).

Daß die Jusos sich in gleicher Weise um freundschaftliche Kontakte zu demokratischen Jugendverbänden in den USA bemüht hätten, ging aus der Presse bisher nicht hervor.

**Der linke Flügel der SPD steht den USA mit offener, unverhüllter Feindschaft gegenüber.**

Das Engagement der Vereinigten Staaten für die Freiheit der Völker Europas und Asiens nach dem Zweiten Weltkrieg wird von den Jusos geradewegs mit der Aggressionspolitik Hitlers gleichgesetzt:

*„Sobald aber Nazi-Deutschland besiegt war, schlüpften die USA — bei aller Verschiedenheit der Ausgangssituation — in die Rolle des Vertreters des gesamtkapitalistischen Interesses gegenüber der Sowjetunion und den am Ende des Krieges sozialistisch gewordenen Staaten ... Das bedeutete, daß sich die ausgebluteten und hungernden Völker Westeuropas unter Einschluß des besieгten Deutschlands*

der Politik Washingtons unterwerfen mußten, um zusammen mit den USA — nach entsprechender wirtschaftlicher und militärischer Aufrüstung — zumindest die Randstaaten des sozialistischen Lagers zu erobern und der Kapitalverwertung vor allem des US-Kapitals zugänglich zu machen.“ (Peter Zink, Außenpolitische Perspektiven, in Juso Nr. 1/2/1973.)

Die SPD-Linke geht davon aus, daß die „Aggressionspolitik“ der USA von einem sogenannten „militärisch-industriellen Komplex“ bestimmt werde, dessen „Profitgier“ das „Wettrüsten“ anheize. Logischerweise machen sich die Jusos deshalb Gedanken über „Maßnahmen zur Kontrolle, Umstrukturierung und Verminderung der Rüstungsindustrie“. (Wieczorek-Zeul im Parlamentarisch-Politischen Presse-dienst vom 4. Juni 1975.)

Die Tatsache, daß die Sowjetunion — im Gegensatz zu allen westlichen Armeen — nach dem Zweiten Weltkrieg keinen einzigen Soldaten demobilisiert, eine beispiellose Hochrüstungspolitik durchgeführt und keine einzige Abrüstungsmaßnahme erbracht hat, wird zu einer „Theorie eines Rüstungswettkaufs“ oder „Wettrüstens“ verdreht.

**Wenn der in vielen militärischen Bereichen ins Hintertreffen geratene Westen zu seiner eigenen Sicherheit die notwendigsten Nachrüstungsmaßnahmen trifft, ist ihm eine konzentrierte Antipropagandakampagne der SPD-Linken sicher.**

## Versteckter Neutralismus der Parteiführung

Ganz so weit geht der SPD-Vorsitzende Brandt nicht. Er vertritt eine eher „mittlere Linie“. Für ihn ist das Bündnis mit den USA „für die absehbare Zukunft“ noch erforderlich. Er geht jedoch nicht von einem vorbehaltlosen Bekenntnis zur Gemeinschaft der westlichen Demokratien aus. Seine Zielvorstellung richtet sich vielmehr auf eine „Friedensmacht Europa“, die „über ihr eigenes Schicksal, die über ihren eigenen Weg entscheiden kann“, die also neutral und vermittelnd zwischen den Supermächten steht (Rede vor dem Deutschen Bundestag, 14. September 1973). Brandt pflegt Lob und Tadel nach beiden Seiten gleichmäßig zu verteilen und sieht sich gern in der Rolle des „Mittlers“ zwischen Ost und West.

Bundeskanzler Schmidt steht zwar verbal zum Atlantischen Bündnis, aber eine Durchsicht von Schmidts früheren Bundestagsreden zeigt, daß auch ihm neutralistische Illusionen nicht fremd sind:

„Damit das nun nicht immer mißverstanden wird, füge ich hinzu, daß eine so strukturierte Rüstungsbegrenzung keineswegs voraussetzt, daß die Bundesrepublik etwa aus der NATO ausscheiden oder daß die drei Staaten aus dem Warschauer Pakt ausscheiden müßten, sondern im Gegenteil: Das kommt doch erst in Frage,

wenn über eine solche Rüstungsbegrenzungszone hinaus später, was wir hoffen, ein kollektives europäisches Sicherheitssystem geschaffen werden kann, das kommt doch erst in Frage, wenn die politische Lösung der Deutschlandfrage ansteht, doch nicht im heutigen Augenblick. Ich kann nicht verstehen, daß hier immer wieder behauptet wird, wir wollten die Bundesrepublik einseitig aus ihrem gegenwärtigen Bündnis lösen, ohne Rücksicht auf das, was sonst in Europa passiert.“ (Rede vom 5. November 1959.)

## Die „kontinentale Verengung“ der SPD

Der Kanzlerkandidat der CDU/CSU, Ministerpräsident Franz Josef Strauß, charakterisierte auf dem Sicherheitspolitischen Kongreß der CDU am 12. Januar 1980 die „typisch binncnländische, kontinentale Verengung des Horizonts“ des Bundeskanzlers, der offensichtlich nicht begreife, „daß wir eingespannt sind in einen kontinentalen, aber auch in einen transkontinentalen und internationalen Prozeß“.

So verwundert es gar nicht, was Schmidt am 29. Januar 1976 vor dem Deutschen Bundestag äußerte: Der Krieg in Angola bedeute keineswegs ein Scheitern der Entspannungspolitik. Afrika sei — im Gegensatz zu Europa — durch keinerlei Entspannungsabkommen vertraglich abgedeckt. Schmidt schwieg sich aus zu den kriegerischen Abenteuern der Sowjetunion in der Dritten Welt. Ihn interessiert nur, daß es bei uns in Europa „ruhig und entspannt“ ist. Noch in seiner ersten öffentlichen Stellungnahme nach dem Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan verzichtete Schmidt darauf, den Aggressor beim Namen zu nennen.

Da die Vorbereitung der Invasion den westlichen Geheimdiensten im Detail und sogar der Öffentlichkeit bereits in groben Zügen bekannt war, wäre auch in der ersten Äußerung eine klare Einschätzung möglich gewesen. Es liegt der Verdacht nahe, daß sich Schmidt ein weiteres Mal zur sowjetischen Expansionspolitik ausschweigen wollte, was dann aber unter dem Druck der gesamten westlichen Öffentlichkeit nicht mehr möglich war.

**Es ist völlig unbestreitbar, daß der Lebensnerv Europas nicht nur militärisch, sondern auch wirtschaftlich in den Ölfeldern des Nahen Ostens und am Handelsweg über die Kaproute tödlich getroffen werden kann. Doch dies übersieht die kontinentale Denkweise der SPD, der die seit Jahren zu beobachtende sowjetische Expansionspolitik offensichtlich wenig Sorgen bereitet.**

## Europa als „dritte Kraft“

Wenn bei der SPD von europäischen Interessen und Europapolitik die Rede ist, denkt sie nicht an eine solidarische Verteidigung westlicher Interessen durch eine

weltweite Politik der Freiheitssicherung. Der Platz eines vereinten Europa, ohnehin als sozialistisches „Europa der Arbeitnehmer“ konzipiert, wird als neutrale „Friedensmacht“ zwischen den Supermächten gesehen. Soweit die SPD die Dritte Welt überhaupt zur Kenntnis nimmt, scheint es ihr ohnehin nur darum zu gehen, über Entwicklungshilfe den Sozialismus zu exportieren. Zink legt in dem bereits zitierten Text von 1973 dar, daß die Einigung Europas für die Jusos in außenpolitischer Hinsicht die „Befreiung“ vom Einfluß der Supermacht USA bedeute. Auch nach fünf Jahren Expansionspolitik von Angola bis Afghanistan halten die Jusos an dieser abenteuerlichen Politik fest.

Im Mai dieses Jahres legte Frau Wieczorek-Zeul einen 25-Punkte-Plan zur Neutralisierung Europas vor. „Schwerpunkte ihrer Ausführungen waren, daß Europa eine ‚autonome und unabhängige Politik zwischen den Großmächten ausarbeiten‘, daß eine ‚partiell entmilitarisierte und atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa geschaffen werden‘ muß, die Länder der Europäischen Gemeinschaft eine eigenständige Sicherheitspolitik ausarbeiten müssen . . .“

*Eine solche Politik muß von den Sozialisten in Zusammenarbeit mit allen demokratischen und fortschrittlichen Kräften formuliert werden unter Einschluß demokratischer Christen und Kommunisten — vor allem den italienischen Kommunisten.“ (Die Neue, 9. Mai 1980.)*

Für die Väter der Europaidee, wie Konrad Adenauer, sollte Europa eine zweite machtvolle Säule des freien Westens als gleichberechtigter Partner der Vereinigten Staaten werden. Bedeutende Teile der SPD wünschen aber das Arrangement mit den kommunistischen Kräften in West- und Osteuropa. Horst Ehmke äußerte die Erwartung, daß die „historische Spaltung der Arbeiterbewegung in Westeuropa“ durch die Zusammenarbeit zwischen Sozialisten und Eurokommunisten in Zukunft überwunden werden könnte (Heinz Timmermann [Hg.]: Eurokommunismus. Frankfurt a. M. 1978, S. 13).

**Unter dem außenpolitischen Vorzeichen der „Entspannung“ und dem innenpolitischen Vorzeichen „Reform“ sollen sich West- und Osteuropa einander „annähern“ (Horst Ehmke in der Welt, 21. August 1979). Am Ende dieser Konzeption steht, wie es der Bahr-Plan von 1969 bereits vorsah, ein neutralisiertes Europa in einem von der Sowjetunion garantierten „kollektiven Sicherheitssystem“.**

## Neutralistische Deutschlandpolitik

Die Deutschlandpolitik der SPD geht davon aus, daß die Annexion der deutschen Ostgebiete und die durch die Stationierung der östlichen Besatzungsmacht abgesicherte gewaltsame Teilung Deutschlands als „Realität“ anzuerkennen sei. Die vom Bundesverfassungsgericht als völkerrechtlich einzige gültige Auffassung bestätigte

These von der Fortexistenz des Deutschen Reiches steht natürlich im starken Kontrast zu dieser Auffassung der SPD.

**Während die SPD das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser, das die PLO durch die „Auslöschung des Staates Israel“ erzwingen will, anerkennt, hat sie zum Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes ein gestörtes Verhältnis.**

So betonte kürzlich der Juso-Vorsitzende Piecyk, die Vertriebenenverbände betrieben „ideologische Kaderschulung in Sachen Revanchismus“ und seien die „entspannungsfeindlichen Minenhunde der CDU/CSU, die ausloten, was geht und was nicht“ (FAZ vom 22. Juli 1980). Das Wort Wiedervereinigung kommt in neueren SPD-Beschlüssen nicht mehr vor. Für Egon Bahr ist es „eine Irreführung oder Selbsttäuschung geworden, noch von ‚Wiedervereinigung‘ zu sprechen“ (Frankfurter Rundschau, 5. Dezember 1978). Für Herbert Wehner ist Wiedervereinigung „ein Wort, das nicht in die Entwicklung paßt . . .“ (Interview mit dem Westdeutschen Rundfunk, 16. April 1979). Eine deutsche Frage gibt es für ihn nicht, sie ist eine „Erfindung“.

## „Neuvereinigung“ auf sozialistischer Grundlage

Die SPD fordert freie Wahlen für die Länder des südlichen Afrika. Diese Forderung ist völlig richtig, muß aber erst recht für alle europäischen Länder und damit für ganz Deutschland gelten. Die CDU hält unbeirrt am Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes als Grundlage einer Wiedervereinigung in Freiheit fest.

**Maßgebliche Teile der SPD aber wollen suggerieren, es gäbe einen dritten, neutralen Weg zwischen den Systemen in Ost und West. Diese These ist, ganz egal, wie subjektiv gutgläubig sie vertreten wird, eine Irreführung, die Tendenzen zur Durchsetzung der Unfreiheit in Europa Vorschub leistet.**

In den fünfziger Jahren hatte die SPD der Politik der Westintegration Konrad Adenauers mit der Forderung nach dem Primat der Wiedervereinigung erbitterten Widerstand geleistet. Doch die SPD-Führung der fünfziger Jahre stand noch unter dem Eindruck des Nationalsozialismus, nicht wenige hatten gegen die Zwangsvereinigung der Ostdeutschen SPD mit der KPD zur SED gekämpft. Für Kurt Schumacher stand fest, daß Kommunisten „rotlackierte Faschisten“ sind. Die SPD der fünfziger Jahre betrieb zwar eine falsche Neutralismuspolitik, war aber unzweifelhaft in scharfer Opposition zu allen totalitären Kräften.

**Die strategische Zielvorstellung eines neutralen sozialistischen Deutschlands ist auch heute noch in der SPD vorhanden.**

Statt der alten Politik der Wiedervereinigung präsentiert Egon Bahr die These der „Neuvereinigung“, die nur als „Ergebnis neuer Faktoren“ und nicht durch „alte Ansprüche“ zu realisieren sei (Frankfurter Rundschau, 5. Dezember 1978). In

einer „Annäherung“ des freien Westens und des sozialistischen Ostens soll die Einheit der beiden deutschen Teilstaaten mit dem „demokratischen Sozialismus“ als „contrat social“ verwirklicht werden. Horst Ehmke (Die Welt, 21. August 1979) begründet diese Vorstellung damit, daß die Menschen in der DDR „keine Sehnsucht nach kapitalistischen Wirtschaftsstrukturen“ hätten.

Herbert Wehner schrieb bereits im April 1958 im „Vorwärts“ unmißverständlich: „Eine Wiedervereinigung kommt im Zeichen des demokratischen Sozialismus, oder sie wird überhaupt nicht kommen.“

Die strikte Ablehnung aller Formen des Totalitarismus, die die SPD-Führung der fünfziger Jahre noch auszeichnete, tritt Schritt für Schritt in den Hintergrund.

**Die Anbiederung und Beschwichtigungspolitik gegenüber dem Osten wird immer unübersehbarer.**

## Nicht die Bundesrepublik Deutschland, sondern die Sowjetunion ist eine aggressive Kraft

Da die Sowjetunion schließlich eine friedliebende Macht sei, erscheint die Bundeswehr dem linken SPD-Flügel nicht nur als überflüssig, sondern auch als Instrument des Imperialismus und Militarismus. In Wetzlar wurde kürzlich ein Juso-funktionär angezeigt, weil er die Soldaten der Bundeswehr als „Mörder“ und die Bundeswehr als „Terrorarmee“ bezeichnet hatte (Hanauer Anzeiger, 12. Juli 1980).

Viel Verständnis hat man dagegen für militärische Abenteuer der Sowjetunion. Herbert Wehner hält den Warschauer Pakt für „defensiv“, der Überfall der Sowjetunion auf Afghanistan war für ihn „vorbeugend“. Helmut Schmidt gab diesen „Denkversuchen“ das Prädikat „deutscher Patriotismus“ (FAZ vom 14. April 1980).

**Solche Urteile sind Ausdruck sozialistischer Weltanschauung, für die der Westen eben imperialistisch und aggressiv ist, während die sozialistischen Länder eigentlich friedlich sind.**

SPD-Abrüstungsexperte Alfons Pawelczyk forderte: „Die konkurrierenden Staaten und Bündnisse müssen von der Friedensbereitschaft des anderen ausgehen und aufhören, sich das Gegenteil zu unterstellen.“ (Vorwärts, 11. Mai 1978.) Die Realität stimmt mit dieser Weltanschauung freilich nicht ganz überein, aber das hat zum Abbau außenpolitischer Vorurteile in der SPD bisher wenig beigetragen.

**Die SPD hat ein unrealistisches Verständnis der sowjetischen Außenpolitik. Sie betreibt deshalb eine Politik des Vertuschens und Beschwichtigens.**

Zwar ist die sowjetische Spielart des Sozialismus bisher kein Vorbild für die Sozialisten in der SPD, aber man will den etwas mißratenen Bruder doch nicht zu scharf angreifen. Die Linken in der SPD sind neutralistische Kräfte, keine Freunde der westlichen Allianz. Die gemäßigten Kräfte in der SPD, die einsehen, daß das westliche Sicherheitsbündnis „zur Zeit“ erforderlich ist, stehen gerade wegen der knappen Mehrheit der Bundesregierung unter starkem Druck des linken Flügels.

**Aufgrund dieser innerparteilichen Struktur ist die SPD nicht in der Lage, eine klare und unzweideutige Partnerschaft innerhalb der westlichen Allianz aufrechtzuerhalten.**

## **Konrad Adenauers Warnung vor dem Neutralismus**

Die richtige Antwort auf diese Politik ist die von Konrad Adenauer konzipierte Außenpolitik der CDU, die an das historische Vorbild Stresemanns anknüpft: feste Einbindung in das Bündnissystem des freien Westens, friedlicher Ausgleich mit dem Osten. Was Konrad Adenauer in seinen Memoiren an der sozialdemokratischen Neutralitätspolitik kritisiert und womit er eine Bewertung zum Bahr-Plan bereits zu einem Zeitpunkt verfaßte, als dieser noch gar nicht existierte, ist unverändert gültig:

**„Ein neutralisiertes Deutschland im Herzen Europas würde eine ständige Gefahr für den Frieden in Europa bedeuten. Wenn man sich die Folgen einer Neutralisierung Deutschlands überlegte, so müßte man sich klarmachen, daß dies den Abzug der amerikanischen und britischen Truppen vom europäischen Kontinent nach sich ziehen würde, und daß Deutschland im Zuge der Entwicklung große Gefahr liefe, in den Machtbereich der Sowjetunion zu geraten.“**  
(Konrad Adenauer. Erinnerungen 1953—1955. Stuttgart 1966. S. 445 f.)